Landeshauptstadt Magdeburg

Änderungsantrag

A0137/22/1 öffentlich

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0137/22	07.07.2022

Absender	
Fraktion DIE LINKE	
Gremium	Sitzungstermin
Stadtrat	07.07.2022

Kurztitel
Vorkehrungen des Gesundheitsamtes

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Änderungsantrag ersetzt den Ursprungsantrag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, zu prüfen, welche Schutzmaßnahmen und Vorkehrungen vor einer möglichen kommenden Infektionswelle nach dem Sommer ergriffen werden müssen und ob die materiellen sowie insbesondere die personellen Voraussetzungen im Gesundheitsamt für die Schutzmaßnahmen erfüllt sind bzw. zukünftig erfüllt werden können. Dabei sollen im Besonderen folgende Bereiche genauer beleuchtet werden: Kindertageseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen des Gesundheitssystems inkl. der Altenhilfe, öffentliche Einrichtungen der Stadt wie Jugendamt, Sozialamt, Wohnungsamt.

Die Ergebnisse der Prüfung sind im Ausschuss für Gesundheit und Soziales vorzustellen.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Übernahme der Zuzahlung zu den sog. Corona-Bürgertests für Inhaber:innen der Otto-City-Card bzw. Empfänger:innen von Sozialleistungen sowie für alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zu realisieren. Zudem sollen auch Menschen ohne festen Wohnsitz, die aber in Magdeburg leben, Berücksichtigung finden. Gleichzeitig soll die Oberbürgermeisterin Kontakt zum Land und der Gesundheitsministerin aufnehmen und sich dort für die Erstattung der Ausgaben für die Zuzahlungen der Tests in der Kommune einsetzen.

Begründung:

Am 24.6.2022 hat der Bundesgesundheitsminister Lauterbach verkündet, dass ab dem 1.7.2022 kostenfreie Bürgertests nur noch für:

- vulnerable Gruppen,
- Kinder bis fünf Jahre,
- Schwangere im ersten Trimester,
- Krankenhaus- und Pflegeheim-Besucher:innen,
- Haushaltsangehörige von Infizierten,
- Bewohner:innen von Einrichtungen der Eingliederungshilfe,
- und diejenigen, die sich nicht impfen lassen können,

angeboten werden. Gerade Menschen, die von Sozialleistungen leben bzw. ein geringes Einkommen haben und Aufstocken müssen, werden sich auch mit Blick auf gleichzeitig extrem steigende Energie- und Lebensmittelkosten diese Zuzahlung von 3 Euro nicht leisten können. Viele werden daher eher auf Tests verzichten. Dies wirkt einer effektiven Bekämpfung der Pandemie gerade mit Blick auf den Herbst kontraproduktiv entgegen. Um allen Menschen der Stadt unabhängig vom Geldbeutel einen Gesundheitsschutz zu gewährleisten, ist es erforderlich für die genannten Zielgruppen die Zuzahlung der Tests zu übernehmen.

Der Bund senkt die Zuzahlung zu den Tests von 9,50 Euro auf 6,50 Euro. Lauterbach hat die Länder aufgefordert, diese Differenz entsprechend zu übernehmen. Insofern ist es nur folgerichtig, wenn die Landeshauptstadt Magdeburg auch hier entsprechend diese Forderung an das Land heranträgt, um den kommunalen Haushalt nicht mehr als nötig zu belasten.

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende

René Hempel
Fraktionsvorsitzender